



## Ayatollah ruft moslemische Soldaten zur Meuterei



Ayatollah Abdolhossein Moezi (Foto), der Vertreter des obersten iranischen Ayatollah Ali Khamenei in Großbritannien, lässt vom Chef ausrichten, alle Moslems, Männer und Frauen, hätten die britische Armee [ab sofort zu verlassen](#). Insbesondere ihre Mitwirkung an den Kämpfen in Afghanistan und im Irak sei schändlich und vom Islam verboten. Vor allem sei es untersagt, Moslems zu töten, erst recht für die Ungläubigen. Wenn es einem Moslem nicht gestattet ist, einen „Bruder“ zu töten, dann ist es ganz sicher auch keinem Christen erlaubt (einen Moslem zu töten). Die Toten nach der Wiederwahl Ahmadinedschads seien im übrigen bedauerlich, aber „unausweichlich“ gewesen. An aller Gewalt im Islam sei sowieso der „zionistische Imperialismus“ schuld.

*(Spürnase: Hausener Bub)*

---

# Der „menschenfeindliche“ Europäer



Alle paar Monate werden “Studien” veröffentlicht, die dazu dienen, die europäische Bevölkerung solch übler Eigenschaften wie Fremdenfeindlichkeit oder Islamophobie zu überführen. Diese “Studien” haben eine wichtige Funktion: Sie kommen in wissenschaftlicher Seriosität bemäntelt daher, und liefern den Fürsprechern des Multikulturalismus Scheinargumente, um ihre Interessen besser durchzusetzen. Wie unseriös und böswillig solche “Studien” erstellt werden, zeigt das aktuelle Beispiel, nach dem angeblich 50 Prozent der Europäer der Meinung seien, dass in ihren Ländern zu viele Migranten lebten.

43 Prozent lehnten gleiche Rechte für Homosexuelle ab. Damit ist klar, dass die „Menschenfeinde“, die „das Fremde“ ablehnen, auch anderweitig irgendwie suspekt sind. Gut, dass mit der Zuwanderung die Menschenfreundlichkeit bei uns einzieht. Wir brauchen mehr Einwanderung, um die „Menschenfeinde“ im Zaum zu halten.

Die *Märkische Oderzeitung* [schreibt](#):

*Insgesamt sei in den osteuropäischen Ländern Menschenfeindlichkeit am stärksten verbreitet, am niedrigsten sei sie in den Niederlanden. Deutschland liegt nach den Ergebnissen in allen Kategorien im Mittelfeld. Befragt wurden 8000 Menschen in acht EU-Ländern zu ethnischen, religiösen und sexuellen Vorurteilen.*

*Die Ergebnisse unterschieden sich stark in den einzelnen Ländern: So sind 88 Prozent in dem als konservativ geltendem Land Polen gegen die gleichgeschlechtliche Ehe, in Deutschland 40 Prozent. In den Niederlanden befürworteten hingegen 83 Prozent die Ehe von Homosexuellen. 87 Prozent der Polen fordern, dass Frauen ihre Rolle als Ehefrauen und Mütter ernster nehmen. In Deutschland stimmen dem 53 Prozent zu, in den Niederlanden nur 36 Prozent.*

*Unter den Religionen kämpft der Islam mit den größten Vorurteilen: „Wir haben in allen Ländern eine ausgesprochen hohe negative Einstellung gegenüber Muslimen“, sagte der Projektleiter Andreas Zick in Berlin. 54 Prozent der Europäer hielten den Islam für „eine Religion der Intoleranz“ (Bundesrepublik: 53 Prozent). 22 Prozent aller Befragten unterstellten zudem, dass die Mehrheit der Moslems den Terrorismus rechtfertige.*

Es ist gar nicht so einfach, die Europäer der Untugend der Fremdenfeindlichkeit zu überführen. Schließlich zahlen sie Milliarden an Steuergeldern und teilen ihre Arbeitsplätze mit Ausländern, lassen zu, dass überall Moscheen gebaut werden und Moslems Sonderrechte eingeräumt bekommen. Aber eine kleine Entschuldigung für die bösen Europäer gibt es doch:

*Vorurteile würden nach Ansicht der Verfasser der Studie vor allem dann geschürt, wenn die Menschen ihre wirtschaftliche Lage und ihre Werte-Vorstellungen durch eine Minderheit bedroht sehen oder sie insgesamt ein „schärferes Vorgehen gegenüber Unruhestifter“ wünschen.*

Da sind wir aber beruhigt. Wir sind entschuldigt, wenigstens ein bißchen. Die wirtschaftliche Lage schafft die „Vorurteile“, nicht etwa die mitgebrachten Fakten.

(Spürnase: xyz)

---



## Schwedischer Reporter überdenkt Organlegende

☒ Der Schwedische Journalist Donald Bostrom, der mit [seinen blutigen Organraub-Legenden](#) eine neue Verteufelungswelle gegen Israel in Bewegung gesetzt hatte, gibt mittlerweile zu, dass sich sein Bericht unhinterfragt und unbewiesen auf die Aussagen arabischer Familien stütze. Bostrom hat das Ganze in der Zwischenzeit „überdacht“ und [würde „einiges anders schreiben“](#).

Nach Antisemitismusvorwürfen aus Israel nahm er schließlich davon Abstand, an einer anti-israelischen Tagung in Beirut teilzunehmen. Doch auch wenn Bostrom sich von sich selbst distanziert und die Lüge sogar bewiesen werden könnte – das Unheil in den Köpfen von Lesern weltweit ist längst angerichtet.

(Spürnasen: Wolfi und Bernd)

---

# Gülsüms Bruder: Ein verkappter Christ?



Davut (Foto), der seine Schwester umbrachte und dabei ihr Gesicht zertrümmerte ([PI berichtete mehrfach](#)), weil sie keine Jungfrau mehr war, ist wahrscheinlich gar kein reiner Moslem, sondern eigentlich ein Christ. Das Sensibelchen sucht jedenfalls Trost beim Gefängnispfarrer. Wir ahnten schon, dass mit ihm etwas nicht stimmt. Denn ein guter Rechtgläubiger kann unmöglich die eigene Schwester erschlagen.

Sicher deshalb haben auch die Moslemverbände geschwiegen. Die *Rheinische Post* [informiert uns folgendermaßen](#):

## ***Rees: Gülsüms Bruder sucht Halt im Christentum***

*Der angeklagte Bruder der ermordeten Gülsüm versteckte sein Gesicht vor den Fotografen und Fernsehkameras unter einer Jacke. Schon beim Prozessauftritt machte er einen emotional sehr aufgewühlten Eindruck. Der Mordfall, die Haft und die Verhöre haben offenbar Spuren hinterlassen. Und in dieser Situation scheint der Bruder Halt im christlichen Glauben zu suchen.*

*Davud wird zu den Terminen im Landgericht von einem katholischen Gefängnisseelsorger aus seiner Haftanstalt begleitet. Auch für seinen Anwalt Hans Reinhardt ist es*

überraschend, dass ein Moslem Trost im christlichen Glauben findet. „Dort findet er Hilfestellung in seiner momentanen schwierigen Situation“, sagt der Anwalt, der in den Gesprächen mit seinem Mandanten sogar den Eindruck hatte, dass der Kontakt zum katholischen Seelsorger auch dazu führen könnte, dass der Angeklagte zum christlichen Glauben konvertiert.

Unsere Spürnase meint: Wenn ihr noch ein paar Wochen wartet, wird es heißen: Christ brachte eigene Schwester um...

Dann wissen wir wenigstens, dass „Ehren“morde nichts mit dem Islam zu tun haben...

(Spürnase: Bernd v. S.)

---

# Kulturrelativismus und Islamkritik



Das Kernmerkmal des postmodernen Kulturrelativismus ist ein dogmatisches Denk- und Reflexionsverbot: Fremde Kulturen sind in ihrer und wegen ihrer „Andersheit“ tabu. Deshalb dürfen sie nicht kritisch analysiert und bewertet werden.

(Von Scheitan)

An sie darf nie ein „äußerer“ Maßstab in Form verallgemeinernder Begriffe und emanzipatorischer Werte herangetragen werden, denn ein solches Herangehen würde ihre „Identität“ und „Integrität“ verletzen. Angemessen und „korrekt“ ist nur ein „hermeneutisches Heranlauschen“ an die Fremdkultur unter möglichst weitgehender Verdrängung des erworbenen eigenen Urteilsvermögens.

Mit dieser Fetischisierung von Andersheit und Differenz wird eine hermetische Apologetik konstruiert, die den Herrschaftsinteressen und Täuschungsabsichten des Islam in die Hände spielt und gleichzeitig die dafür notwendige subjektive Selbstaufgabe normativ vorgibt. Eine Ideologie der proto-totalitären Kumpanei und Selbstkasteiung/Selbstzerstörung par excellence.

Dies hat zur Folge, dass eine emanzipatorische Kritik an der Konstitution und expansiven Praxis des Islam sehr schnell stigmatisiert und mit einer Art modernen Kirchenbann mit den Namen „Rassismus“ und „Nazi“ belegt wird.

Der Islam ist nicht einfach nur ein privates Glaubenssystem, sondern eine umfassende Weltanschauung, politische Doktrin und Herrschaftsideologie. Das sollte sich schon rumgesprochen haben. Kritik am Islam wird jedoch durch folgende Gegenkräfte nachhaltig blockiert und erschwert:

- 1) Durch einflussreiche Kreise innerhalb der westlichen Herrschaftselite, die aus unterschiedlichen (ökonomischen, politischen und religiösen) Interessen mit den islamischen Herrschaftsträgern kollaborieren und für eine „islamkorrekte“ Berichterstattung in den Medien sorgen, um die muslimischen „Geschäftspartner“ nicht zu verärgern.

- 2) Durch die Träger einer kulturelrelativistischen und islamophilen Ideologie in den Parteien und Medien, im Justizapparat, im Bildungssystem und der Integrationsindustrie.

3) Durch die proislamistischen Kräfte einer degenerierten Linken, die Islamkritik per se als „rassistisch“, „fremdenfeindlich“, „islamophob“ etc. diffamiert und sich damit als ideologischer Steigbügelhalter einer totalitären Herrschaftsformation erweist.

4) Durch jene Abteilungen innerhalb des europäischen Rechtsextremismus, die im Geiste der Nazis einen engen Schulterschluss mit den antijüdischen Kräften des Islam suchen.

(Foto oben: [Anti-Islamkritik-Kundgebung](#) am 11.11.09 in Dresden)

---

## CDU goes Taqiyya



CDU-Vorzeigemoslem Badr Mohammed (r.) mit Bundeskanzlerin Merkel.

Treffender könnte man die Veranstaltung, die am 10. November in Berlin-Tempelhof abgehalten wurde, nicht beschreiben. Dabei klang [die Einladung](#) trotz Schreib- und Stilfehler eigentlich ganz gut:

(Von [PI-Berlin](#))

*„nach Jahrzehnten verfehlter Integrationspolitik müssen wir leider feststellen, dass auch wir in der CDU keine wirklichen*



*Antworten und Konzepte parat haben, dass wir erst am Anfang eines Entscheidungsprozesses stehen. Wenn ich mir die Diskussionen bei Rot und Grün, aber auch bei uns ansehe, glaube ich dass wir erstmal nicht nach Antworten suchen sollten. Vielmehr sollten wir zuerst nach den richtigen Fragen suchen.“*

Oha! Wachen einige der CDU-Verbände etwa auf? Fragt man sich, ob es nicht vielleicht klüger wäre, integrationsunwillige Muslime nach Hause zu schicken? Ihnen die Sozialhilfe zu sperren? Das Null-Toleranz-Prinzip bei Straftaten durchsetzen? Aber beim Weiterlesen der Einladung trat Ernüchterung ein:

*„Ich lade Sie daher herzlich ein, mit Badr Mohammed, Präsidiumsmitglied der Deutschen Islam-Konferenz (DIK) über: „Die Neuen Deutschen,, ... zu sprechen.*

Anstatt also die neuen Fragen in der gerade genannten Weise zu stellen, schien es so, als ob die CDU eher in die andere Richtung rauschen wolle, um rot-grün links zu überholen. Uns schwante Schlimmes! Sodann begaben wir uns an besagtem Tag zu der Veranstaltung, die von drei CDU-Ortsverbänden getragen wurde, aber dennoch recht spärlich besucht war.



Veranstaltungsleiter war Horst Gedack (Foto l.), Ortsvorsitzender der CDU-Kleistpark, der nach einer ausführlichen Einleitung von einem Satz auch gleich freudestrahlend an „unser neues Ortsverbandsmitglied“, Herrn Mohammed, übergab. Generell ereilte uns das Gefühl, dass Gedack und seine beiden Genossen aus den anderen Ortsverbänden, Schmetterlinge im Bauch hatten, weil sie neben

dem zugegebenermaßen charismatischem Badr Mohammed sitzen durften.

Nach einem kurzen Selbstportrait legte Mohammed dann auch gleich los und klärte uns am Beispiel der Hugenotten auf, wie wichtig Zuwanderung für das Land sei. Über den Vergleich der im 17. Jahrhundert nach Deutschland eingewanderten Franzosen mit den Moslems im heutigen Deutschland waren wir dann aber doch ein wenig verwundert.

So war uns bisher nicht bekannt, dass Hugenotten die damaligen Kriminalitätsstatistiken dominierten oder direkt in die preußischen Sozialsysteme eingewandert waren. In der Tat brachten die Hugenotten neue Produktionstechniken nach Deutschland, aber vielleicht meinte Mohammed damit die Messerstechtechniken unserer Kulturbereicherer. Hugenotten waren verfolgte Christen, keine Christenverfolger, die der damaligen Zeit um 50 Jahre voraus waren, nicht 500 Jahre hinterher, und sich problemlos integrierten.

Die muslimische Einwanderungskatastrophe mit der Zuwanderung der Hugenotten zu vergleichen, ist natürlich ein gerissener Zug von Mohammed – zwar in jeglicher Weise realitätsfern, aber ein weniger informierter Normalbürger lässt sich damit vielleicht doch solange täuschen, bis sein Land verloren ist.

Mohammeds Taqiyya zog sich durch jeden Satz und Nebensatz. So fragen sich muslimische Zuwanderer, die „hier eine neue Heimat suchen“, „wie sie sich denn am besten anpassen könnten“. Er beschwor das Bild des armen, nichts als Zuneigung, Liebe und Akzeptanz suchenden Moslems, der Tag und Nacht verzweifelt darum bemüht sei, seine schöne und harmlose Kultur mit der hiesigen in Einklang zu bringen, aber von der Gesellschaft Ablehnung erfahren. Muslime seien ja ebenfalls konservativ, so wie wir, und so wie wir wollen sie ihre Kultur erhalten. Beim Stichwort Kultur durfte natürlich auch der Kulturrelativismus nicht fehlen.

Wir erfuhren auch, dass für ihn Muslime mit deutschem Pass Deutsche seien, und zwar nicht nur juristisch, sondern auch in jeder anderen Hinsicht. Was natürlich bedeuten würde, dass es nicht den geringsten Unterschied geben würde zwischen der muslimischen Frau, die auch nach 20 Jahren Aufenthalt in diesem Land kein Wort Deutsch spricht und dem Biodeutschen.

Am Ende seiner Ausführung stand dann die Vision, die Zuwanderer so zu integrieren, damit man „den neuen Deutschen“ schaffe: hier (er streckte die linke Hand aus) die alteingesessenen Deutschen und hier (rechte Hand) die Deutschen mit Migrationshintergrund, die dann friedlich zusammen leben und voneinander lernen könnten, und wenn sie nicht gestorben sind, dann integrieren sie sich noch heute. WIR, die deutsche Gesellschaft, müssen die Muslime integrieren.

### **Damit begann Teil zwei der Veranstaltung: die Diskussionsrunde und die Arbeit von PI-Berlin**

Sofort gingen alle unsere Finger hoch, aber die erste Wortmeldung ging an ein anderes CDU-Mitglied aus dem Publikum, den Leiter für Innere Sicherheit eines weiteren Ortsverbandes, Marc Doll. Wir stellten uns schon auf weiteren Unsinn ein, aber die folgende Rede war eine schallende Ohrfeige für Mohammed und setzte den Grundstein für die emotionsgeladene Atmosphäre, die bis zum Ende anhalten sollte.

In deutlichen Worten beschrieb Doll den Ist-Zustand der muslimischen Zuwanderung anhand von Statistiken (Türken ohne Berufsabschluss 72%, Migrationshintergrund der Straftäter mit mehr als zehn Straftaten 79% – 84% davon Muslime -, Transferleistungen jeglicher Form an Türken und Araber in Berlin 75%, Sprachförderungsbedarf 54%, Kosten der Zuwanderung 17 Milliarden Euro jährlich) und fragte, wieso WIR die Anstrengungen erhöhen müssten. Die deutsche Gesellschaft biete jedem Zuwanderer alle Chancen, die die meisten nicht-muslimischen Zuwanderer auch nutzen würden. Es gibt keine

Japaner-Konferenz, keine Hindu-Konferenz, keine Juden-, Schweden- oder Sonstwie-Konferenz, sondern einzig und allein eine Moslem-Konferenz. Es sei vollkommen egal, wie man Muslime benennt – ob Ausländer, Migranten, Menschen mit Migrationshintergrund oder Engel in Weiß – die Realität würde die Bezeichnung jedes Mal wieder einholen und den Begriff negativ besetzen.

Doll verwies auf die Vietnamesen, die in der DDR einen ähnlich schweren Stand hatten, aus bildungsfernen Unterschichten ärmlicher Regionen kamen und deren Kinder in der zweiten und dritten Generation nicht nur bestens integriert sind, sondern teilweise bessere Schulleistungen erzielen würden als deutsche Kinder.

Es läge also an der Kultur des Islam, der die Menschen integrationsresistent machen würde. Auch dem Kulturrelativismus wurde eine Abfuhr erteilt: Scharia, Frauenunterdrückung und Versklavung, Ehrenmorde, Genitalverstümmelungen und mittelalterlich-patriarchalische Strukturen seien nicht im Geringsten mit der hoch entwickelten Gesellschaft des Westens zu vergleichen.

Zwischen all diesen Ausführungen kamen Zustimmungsrufe aus dem Publikum, dem gerade aus dem Herzen gesprochen wurde. Gäste klopfen auf den Tisch oder Beifall. Aber an dieser Stelle schaltete sich Veranstaltungsleiter Gedack ein, dem die Richtung der Diskussion gar nicht passte, und ermahnte, nun zu einem Ende zu kommen. Daraufhin ertönte aus dem Publikum (kein PI'ler), dass Doll das doch sachlich darlegt hat und weitersprechen solle.

Was er dann auch tat. Es ging nun weiter mit der demographischen Verschiebung: Deutsche würden sich mit einer Geburtenrate von 1,2 quasi halbieren, während sich Muslime rasch vermehren würden. Es zeige sich, dass mit zunehmendem Anteil der Muslime an der Bevölkerung die Integrationsbereitschaft sinke und die Forderungen nach

muslimischen Sitten zunehmen. Die Isolation sei selbst gewählt und gewünscht; die demographische Verschiebung sogar aktiv betrieben: muslimische Deutsche importieren Bräute aus der Türkei, während muslimische Frauen hierzulande mit einem Anatolen verheiratet würden. Doll stellte darauf hin infrage, ob die „Neue deutsche Gesellschaft“ so rosig aussehen würde, wie Mohammed es beschrieben hat, und fügte hinzu, dass er nicht glaube, dass Deutschland – wenn es auf diesem Weg bleibe – dieses Jahrhundert überleben werde.

Interessant war nun die Antwort von Mohammed: es gab keine! In einem Meisterstück rhetorischer Ablenkung redete er etwa fünf Minuten zusammenhanglos über vollkommen irrelevante Dinge, bis wohl jeder der Gäste den Faden verloren hatte und schloss mit dem Satz „WIR müssen integrieren“ ab. Gedack, zufrieden dass das brisante Thema so elegant unter den Tisch gekehrt wurde, rief den nächsten Gast auf, aber Doll merkte an, dass Mohammed in keinster Weise auf seine Ausführungen eingegangen sei. Nun wurde Gedack sauer und ermahnte, dass er seine Redezeit gehabt hatte. Doll ließ nicht locker und bestand darauf, dass er eine Antwort bekäme, worauf Gedack immer lauter und zorniger wurde, bis sich schließlich Mohammed einschaltete und versprach, im Anschluss an die Veranstaltung mit Doll die Fragen unter vier Augen zu besprechen.

Die Gefahr der Aufklärung noch mal abgewendet, rief Gedack dann den nächsten Gast in der Reihe auf, ebenfalls ein CDU-Mitglied. Leider wurde er auch hier enttäuscht, denn der neue Redner war Leiter für Kultur und Werte, Michael Wittkowski, der gar nicht daran dachte, Taqiyya zu betreiben und zu allem Überfluss auch noch Jude war.

Wittkowski legte sogleich mit Islamimperialismus los und dass der Islam nicht als Religion, sondern als faschistische Ideologie gesehen werden muss, mit dem Ziel, die Weltherrschaft zu erlangen. Der Islam sei ein Feind von Demokratie und Freiheit, verleugne die Gleichstellung vor dem Gesetz, sogar die UN-Menschenrechtscharta.

Besonderen Beifall erhielt er, als er sagte, dass jedwede Kritik daran die Nazikeule der Gutmenschen zur Folge hat. Dabei stehe „Mein Kampf“ auf der Bestsellerliste arabischer Länder und die größte Bastion der Verehrung des Nationalsozialismus wäre die Umma.

Weiterhin verwies Wittkowski auf die im Koran festgehaltene Verpflichtung, das Volk der Juden und den Staat Israel auszulöschen und schloss seine Rede mit den Worten: „Ich kann mit meiner Jüdischkeit nicht für die Anerkennung des Koran und seiner Gesetze sein, weil hier auch meine Vernichtung und wieder mal meine Entwesung verlangt wird, damit ihr Allah, der nicht der Gott der Christen und auch nicht der Juden ist, weltweit siegt“. Gedack und seine linksgrünen CDU-Genossen gerieten immer mehr ins Schwitzen.

Mohammed wollte gerade auf diese Rede antworten, als ihm Gedack ins Wort fuhr und sagte, dass „wir erstmal ein paar Meinungen sammeln“, um die dann geschlossen zu beantworten. Wir nehmen es für den PI-Leser schon mal vorweg: dies sollte an dem Abend nicht mehr geschehen, denn Gedack ließ auch die nächsten zehn islamkritischen Äußerungen „sammeln“, nur um dann am Ende erschreckt festzustellen, dass die Zeit ja vorüber sei und man nun Schluss machen müsse.

Aber zurück zur Diskussionsrunde. Als nächstes wäre eine ältere Dame an der Reihe gewesen, die sich schon mit Zwischenrufen und Beifall für die beiden Vorredner als Freund der Deutschen und Feind von Gedack bemerkbar gemacht hat, wurde aber leider übergangen, da sie „ja schon was gesagt“ hatte. Auf ihren Protest hin, schaltete sich nun auch Gedacks Gesinnungsgenosse und Mitveranstalter ein, der empört feststellte, dass sich die Dame „mit jeder Äußerung disqualifiziere“. Vertröstet wurde die Frau dann auf „die zweite Fragerunde“, die natürlich nie stattfand. Glücklicherweise wurde hier noch mal Islamkritik erfolgreich abgewendet.

Aber auch beim vierten Redner hatten die drei Ortsverbände, bei denen das „D“ bei CDU wohl für Dhimmi steht, kein Glück, denn der ältere Herr fragte sich ebenfalls, wie Mohammed auf seine Thesen gekommen ist. Die Deutschen seien alles andere als ausländerfeindlich und in den Fällen, in denen es so sei, sollte man sich die Frage nach Ursache und Wirkung stellen. Die Ablehnung des Islam bzw. der Türken und Araber seien vielmehr eine Reaktion auf die von ihnen selbst verursachten Zustände. Gedack „sammelte“ den Beitrag.

Nun war PI an der Reihe, aber wir hatten – anders als nach Mohammeds Referat – nicht mehr das Gefühl, hier Aufklärungsarbeit leisten zu müssen oder gar gegen einen Strom der Empörung anzuschwimmen. Unsere Vorredner hatten in deutlicher und sachlicher Weise die Lage richtig gestellt. Natürlich ließen wir es uns nicht nehmen, ebenfalls unseren „Senf“ dazu zu geben.

Wir stellten einer nach dem anderen die Lage in Deutschland dar. Wir verwiesen darauf, dass die Gesellschaft alle Chancen für Zuwanderer biete und somit ihrer Verantwortung als Gastgeber vollkommen nachkommt. Vielmehr sei hier ein Versagen der Bringschuld der muslimischen Zuwanderer Grund für die Missstände! Und dennoch sucht die einheimische Gesellschaft weiterhin die Schuld bei sich, woran natürlich solche Veranstaltungen und Aussagen von linksgrünen Politikern aller etablierten Parteien Ursache seien. Deutschland bzw. Europa versuche sich immer noch ein Stückchen weiter zu verbiegen, noch eine Moschee mehr zu bauen, noch einer muslimischen Forderung mehr nachzugeben. Dies führt zu einer Islamisierung des Landes, somit zur gesellschaftlichen Spaltung und im Endeffekt zum Bürgerkrieg. No-Go-Areas sind heute schon muslimisches Ausland auf deutschem Boden und von Multi-Kulti (im Sinne von Vielfalt) weiter entfernt als es irgendwie möglich wäre. Als Lösung wurde die konsequente Ausweisung krimineller Migranten gefordert. Es dürfe keine Sozialtransferleistungen für integrationsunwillige Muslime

geben. Es solle die Möglichkeit auf Rückführung überprüft werden. Und so weiter. Einer nach dem anderen torpedierte Mohammeds Traum ~~eines islamischen Deutschlands~~ einer paradiesartigen Gesellschaft der Neuen Deutschen.

Während Gedack aus dem Sammeln gar nicht mehr heraus kam und seinem Sitznachbar ein wenig zu laut zuflüsterte („Woher wissen die von der Veranstaltung??“), belegte ein weiteres CDU-Mitglied und ehemaliger Bundestagsabgeordneter (der Name ist uns leider nicht bekannt), dass die Bereicherung gar nicht so bereichernd ist, wie Thomas Heilmann von der CDU das darlegt. In den 60er-Jahren waren zwei Drittel der Zuwanderer erwerbstätig. Die absolute Zahl der erwerbstätigen hätte sich nicht verändert, aber die Zahl der Zuwanderer hätte sich auf acht Millionen verdreifacht. Was bedeutet, dass die Zuwanderung direkt in die sozialen Sicherungssysteme erfolgt sei.

Es waren nun bald eineinhalb Stunden rum und keiner der Gäste hatte sich hinter Mohammeds Thesen gestellt. Nicht einer. Dagegen musste nun was unternommen werden und so rief Gedack die nächsten Redner auf: die beiden Mitveranstalter aus den anderen beiden CDU-Verbänden, Alt-Tempelhof und Innsbrucker Platz. Die folgenden Argumente möchten wir etwas ausführlicher analysieren, da sie an Dämlichkeit kaum noch zu übertreffen sind.

CDU-Dhimmi Eins sah sich natürlich genötigt, sämtliche vorgebrachten Daten, Fakten und Aussagen abzustreiten. Soweit nichts Überraschendes. Interessant dabei war aber seine verwendete Logik: Da gebe es die malaysischen Muslime, die „friedlich“, „bestens integriert seien“ und auch nicht in der Kriminalitätsstatistik auftauchen würden. Von daher können die vorgebrachten Missstände nichts mit dem Islam zu tun haben. Mal von den Zuständen im Menschenrechtsparadies Malaysia abgesehen... wenn also 80% der Nazis Juden vergasen, aber 20% (nennen wir sie mal „malaysische Nazis“) dies nicht tun, dann hat der Holocaust nichts mit den Nazis zu tun? „Ja, ja, über



die malaysischen Muslime spricht nämlich keiner, gell!“ beendete er seine wissenschaftliche Ausführung mit einem Kopfnicken Richtung Islamkritiker, als ob er gerade etwas Intelligentes gesagt hätte.

CDU-Dhimmi (und ebenfalls Mitveranstalter) Zwei schloss sich dann der Logik des Vorredners an, in dem er forderte, dass nicht mehr zwischen Ethnie oder Religion unterschieden wird, sondern nur noch zwischen Individuen.

Diese irrsinnige Logik widerspricht so ziemlich allem, was seit Menschengedenken Realität ist. Einteilungen in Gruppen sind notwendig, um Ursachen zu finden, um Rückschlüsse zu ziehen und zwar in sämtlichen Bereichen des Lebens. Wie soll die Forschung arbeiten, wenn jede gemessene und sich gleichende Reaktion ein Einzelphänomen ist? Wie soll ein Kriminalkommissar einen Serientäter fassen, wenn er keine seiner Taten, auch wenn sie alle einem Muster folgen, miteinander in Verbindung bringen darf? Wie funktioniert ein Fußballspiel, wenn Stürmer Heinz das Tor nicht für Bayern München, sondern für das Individuum Heinz geschossen hat? Und inwieweit die Vertuschung der Ethnie oder Religion der Integration helfe, war uns auch nicht klar.

Zuletzt ließ Gedack noch einen Neuen Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund sprechen, da von ihm wohl wenig „Gefahr“ ausging. Der Herr widerlegte schon im ersten Satz alle Islamkritiker, indem er proklamierte, dass die Statistiken nicht stimmen würden. Auf solch sicherem Boden baute er dann auch seine folgenden Ausführungen auf, etwa dass Genitalbeschneidungen an Frauen „in der muslimischen Welt gänzlich unbekannt seien“. Den Rest wollen wir dem geneigten Leser an dieser Stelle ersparen.

Wichtig ist, dass Gedack nun seine Zusammenfassung des Abends so darstellen konnte, dass es eben viele unterschiedliche Meinungen gäbe. Dass hier im Grunde genommen jeder einzelne Gast massive Kritik an der muslimischen Zuwanderung geübt

hatte und die Gegenstimmen lediglich die drei Veranstalter selbst waren, ist ihm dabei wohl entfallen.

### Fazit:

Diese Veranstaltung hat uns mehrere Dinge gelehrt:

1. Die CDU ist in ihrer derzeitigen Entwicklung unwählbar. So kurz nach der Wahl eine im Grunde genommen linksgrüne Veranstaltung zu machen, die die Deutschen auffordert, NOCH mehr für die „Integration“ der Muslime zu tun (sprich: die Islamisierung vorantreiben), ist ein Verrat an den eigenen Werten und am eigenen Volk. Bestes Beispiel ist die Äußerung des Stellvertretenden CDU-Landeschefs von Berlin, Thomas Heilmann: „Wir brauchen den Islam“ (nicht Zuwanderung, sondern die Religion Islam meint er), um zu sehen, wo die Reise hingeht. Es geht nicht mehr um das Volk, sondern nur noch um den eigenen Machterhalt. Denn durch Annäherung an die Grünen besäße die CDU weitere Koalitionsoptionen. Nichts anderes, als dieser Politik zu folgen, haben die drei Ortsverbände getan.

2. Es gibt trotzdem innerhalb der CDU noch Mitglieder, die sich klar und deutlich gegen die Islamisierung aussprechen, aber an allen Seiten innerhalb der Partei auf taube Ohren stoßen. Wir haben uns im Anschluss an die Veranstaltung noch mit Doll und Wittkowski unterhalten und gefragt, was sie denn noch in der CDU wollen. Ihre Antwort war so simpel wie nachvollziehbar: die Grundwerte, die die CDU bei ihrer Gründung festgesetzt hat, zu verteidigen. Denn wenn die CDU endgültig kippt, kippt das Land. Dennoch sind dies Einzelkämpfer; den Kurs Richtung des „Neuen Deutschen“ hat Heilmann längst abgesteckt.

3. Wir sind nicht allein.

» Kontakt zu Horst Gedack: [gedack@cdaberlin.de](mailto:gedack@cdaberlin.de)

» [PI-Gruppen in Deutschland](#)



## Ägypter fordern Kopf des Marwa-Mörders



Das harte Urteil gegen den Mörder der „Schleiermartyrerin“ Marwa El Sherbiny im Landgericht Dresden ist den Ägyptern und der arabischen Welt nicht hart genug. Sie fordern den Kopf des aus Russland stammenden Deutschen auf einen Silbertablett und [sind enttäuscht](#), dass Deutschland zu diesem Anlass die Todesstrafe nicht wieder eingeführt hat. Wen man in Moslem-Kreisen sonst noch alles gerne tot sehen möchte, kann sich jeder selber denken...

*„Dass die Maximalstrafe verhängt wurde, sagt viel“, meinte der ägyptische Botschafter in Deutschland, Ramzy Ezzeldin Ramzy, der dem Prozess beiwohnte. Auch im staatlichen Fernsehen Nile TV versuchten die Behörden, das Urteil einzuordnen. „Es ist fair“, sagt dort der Rechtsprofessor Ahmed Refaat von der Universität Port Said. ...*

*Doch in der breiten Öffentlichkeit wird das Urteil im Fall*

*der sogenannten Schleiermartyrerin, wie die ermordete Ägypterin genannt wird, teilweise als zu milde angesehen – aus Ignoranz, dass die Dresdner Richter die Höchststrafe verhängen – lebenslang – und ausschlossen, dass Alex. W. bereits nach 15 Jahren einen Antrag auf Haftentlassung stellen kann. In Blogs, Anrufen in Talkshows und Interviews kritisieren zahlreiche Ägypter, dass nicht die Todesstrafe verhängt wurde. Sie ist im ägyptischen Strafsystem die Höchststrafe. Die Idee, dass eine Gesellschaft auch Verbrecher mit Gnade behandelt, ist dort fremd.*

Man hat in der arabischen Welt den Eindruck, weil kein Blut geflossen ist, sei das Urteil zu milde – darum wird Deutschland weiterhin als „islamfeindlich“ wahrgenommen. Besonders die Muslimbrüder nutzen den Fall Marwa, um damit ihr Profil als Fürsprecher aller Moslems zu schärfen und die sind ja für ihre „Friedfertigkeit“ bekannt.

*(Spürnase: Rüdiger W.)*



**Abwrackprämie? EU zahlt  
polnische Autodiebe**



Wolomin nordöstlich von Warschau ist die internationale Hauptstadt der Autoschieber, die jetzt durch die EU zusätzlichen „Ruhm“ erlangt hat. Dank ihr müssen die Diebe [nicht einmal mehr ins Gefängnis](#), sie zahlt für ihre Dienste sogar. Erstmals in der Geschichte muss ein gefasster und überführter Autodieb nicht in Haft, „weil er von der Europäischen Union einen Zuschuss für den Betrieb einer Autowerkstatt bekam, wo er regelmäßig gestohlene Fahrzeuge auseinandergenommen und als Ersatzteile verarbeitet haben soll. Der Glückliche heißt Rafal R. und stammt aus der so genannten „Wolominsker Schule für Autodiebe“.“ Willkommen in der schönen, neuen EUdSSR.

*Nach Angaben der Warschauer Polizei wird Rafal R. als einer der führenden Auto-Diebe in Europa betrachtet. Erst in der vergangenen Woche war er wieder einmal von der Polizei gefasst worden, als er einen gestohlenen Geländewagen aus einem Versteck in seine Werkstatt überführen wollte. Nach einer Nacht in Polizeigewahrsam wurde der wohlbekannte Autodieb einem Haftrichter vorgeführt, der aber zur Überraschung der Polizisten den Verbrecher gleich wieder laufen ließ, anstatt ihn in ein Gefängnis einzuweisen. In der Begründung des Gerichtes hieß es, Rafal R. muss nicht sitzen, denn er hat eine durch die EU- mitfinanzierte Autowerkstatt zu betreuen.*

*Für die Polizei war eigentlich klar, dass Rafal R. mit Sicherheit in Untersuchungshaft lande, denn gegen ihn wurde noch wegen 6 weiterer Straftaten ermittelt, alle wegen Autodiebstahls und Hehlerei. Einer seiner Tatgenossen hatte*

*bereits zu vier dieser Fälle ein Geständnis abgelegt und Rafal R. belastet. Die Diebe waren genau auf die Automarke spezialisiert, die in seiner Werkstatt vertraglich repariert wurde. In der größten Buchhandlung Wolomins war schon gestern sämtliche Literatur über Geschäftsgründung und EU – Zuschüsse ausverkauft. Viele scheinen nun, die in allen Zeitungen publizierte Gerichtsentscheidung zum Fall Rafal R. so verstanden zu haben, dass Brüssel den Autodiebstahl mitfinanziert um hierdurch die Hersteller zu unterstützen*

Den Autodiebstahl finanzieren, um die Autoindustrie zu fördern – in gewissen Gegenden würde dies als maffiös gelten. In Europa ist das praktisch angewandte „Politik“ mit Hilfe von „Umgehungen“ der Justiz einzelner Rechtsstaaten.

*(Spürnase: Klaus)*

---

## **Ingo Appelt veräppelt den Islam**



Ingo Appelt hatte in seinem harmlos klingenden Programm [„Mein Gott: Eine Frau!“](#) das nach typischer seichter Unterhaltung klingt ein paar inkorrekte Lichtblicke. Ab Minute 23.52 bis 26.48 beschäftigt sich der Komiker mit dem Tabu-Thema Islam und dem Machismus moslemischer

Selbstmordattentäter, mit den „Schläfern“ von Köln (gegen die andere Penner nichts unternehmen), und gewissen „Schweinderln“, die der Moslem nicht will.

Nachfolgend der Ausschnitt (Screen-Aufnahme, daher leider etwas mangelhafte Qualität):

Die gesamte gestrige Show [sehen Sie hier](#).

---

## Kampf gegen Rechts™ in Rheinfelden



Über die lautsprecherverstärkten Muezzin-Rufe in der [baden-württembergischen Stadt Rheinfelden](#) haben [wir bereits einmal berichtet](#). Jetzt erfahren wir, dass der neue Imam nichtsahnend zufällig herumliegende Lautsprecher auf dem Minarett installierte (wer kennt das nicht? Die Dinger liegen ja überall rum), während „Rechtsextreme“ versuchen, den Dialog zu stören.

Lassen wir die *Badische Zeitung* [zu Wort kommen](#):

*Die unglückliche Lautsprecherinstallation am Minarett beschäftigte die 12 Mitwirkenden an der Mitgliederversammlung des Christlich islamischen Vereins Hochrhein (CIVH) am Mittwochabend im Pfarrzentrum St. Josef. Erfreut war die*

Runde im 10. Jahr bei den Neuwahlen Werner Ross (Pfarrer i. R.) einstimmig als Vorsitzenden in seinem Amt bestätigen zu können.

Vorstandsstellvertreter Herwig Popken lobte Ross Vorstandsarbeit: „Wir danken für Ihre interessanten Anregungen, die Sie aus ihrer überregionalen islamisch-christlichen Arbeit einfließen lassen. Ingeborg Omer (Stellvertreterin) überreichte Ross, der unter anderem in der islamisch-christlichen Konferenz für Süddeutschland mitwirkt, als Geschenk für sein tatkräftiges Engagement „Angriff von Rechts – Die Strategie der Nazis und was man dagegen tun kann“ , ein Buch von Patrick Gensing (Juli 2009), das unter anderem Bedrohungen aus rechtsextremistischen Kreisen gegenüber muslimischer Integrationsbestrebungen in Deutschland thematisiert.

Warum Nazis gegen den jüdenfeindlichen, [naziverliebten Islam](#) vorgehen sollten, bleibt das Geheimnis von Ingeborg Ross. Die hat sich wahrscheinlich zwar noch nie mit dem Wesen des Islam beschäftigt, bestimmt aber schon mal einen Moslem gesehen und Dialoge mit ihm geführt.

Ross erinnerte an den Vertrag zwischen der Stadt Rheinfelden und der türkisch-islamischen Gemeinde, dem Eigentümer der Moschee, der regle wann mit menschlicher Stimme vom Minarett ausgerufen werden könne. Das wäre zum Ramadan und zum Freitagsgebet. Der neue Imman habe die Lautsprecher herumliegen gesehen und sie montieren lassen. Beim dritten Lautsprecherverstärkten Ausruf sei einem Kunden im benachbarten Getränkehandel aufgefallen, dass Verstärker im Einsatz sind. Für die schweizer Volksabstimmung, ob Minarettneubauten (vier gibt es in der Schweiz bereits) zulässig sind oder nicht, sei der Rheinfelder Vorfall in einem ungünstigen Moment gekommen, da Diskussionstendenzen ausgemacht wurden wie: „Die machen nachher doch was sie wollen und hängen einfach Verstärker auf“.



Das ist das einzig Wichtige: Die schweizerische Bevölkerung auszutricksen, damit die Minarett-Initiative keinen Auftrieb bekommt...

*(Spürnase: Puseratze)*

---

# Schweizer Medienwald und die Minarettinitiative



Wer die

Machtkonzentration im Schweizer Blätterwald nicht kennt, dürfte sich wundern. Der einzige Unterschied in den Berichterstattungen etwa zwischen Tagesanzeiger (Zürich), Basler-Zeitung, Berner- oder Solothurner-Zeitung liegt im regionalen Teil. Ob Wirtschaft, Ausland, Schweiz, der Leser wird in all diesen Zeitungen immer das gleiche lesen. Dasselbe gilt für die Online-Medien.

*(Cristiano Safado über die Machtkonzentration im Schweizer Medienwald am Beispiel der Minarettinitiative)*

Nebst dem größten Verlagshaus der Deutschschweiz, der Tamedia AG (23 Zeitungen, neun Zeitschriften, elf elektronische Medien), heben sich als massgebende Medien der eigenständige Blick und die ebenso eigenständige NZZ (Neue Zürcher Zeitung) ab. Interessant ist hierbei festzustellen, dass all diese Zeitungen, in denen man das gleiche lesen kann, trotzdem eigene Verlage bilden. Der Dschungel im Schweizer Blätterwald ist gewahrt. Nicht unerwähnt im Schweizerischen Blätterwald

bleiben sollen aber auch die unabhängige und bürgernähere Weltwoche (Roger Köppel) und der Beobachter, die sich beide vor allem mit Einzelthemen befassen. Gerade letztgenannter hat vor kurzer Zeit [einen längeren Bericht](#) über die Geschehnisse in Moscheen verfasst, die „Friedensreligion“ in nicht gerade günstigem Licht erscheinen lässt.

Was bedeutet diese Machtkonzentration bei den Online-Medien für Leser, die sich zu einem Thema äußern? Wer einen Leserkommentar in der Online-Ausgabe der Basler-Zeitung verfasst, wird denselben auch elektronisch in der Solothurner-, Basler-, Berner-Zeitung und im Tagesanzeiger, etc., wiederfinden. Diese Deutschschweiz-weite Distribution der eigenen Meinung mag den Kommentator freuen. Doch die zentrale Steuerung hat auch Nachteile. Die örtliche Meinung kommt so oft ins Hintertreffen. Und sie garantiert vor allem eines, dass nur genehme Leserkommentare erscheinen. Dies einmal vorweg, um das System Schweizerischer Verlagshäuser, respektive die Machtkonzentration der Schweizer Medienwelt zu kennen.

Beim Tagesanzeiger (Tamedia-Verlag) zum Beispiel, wird die Kommentarfunktion ausgeschaltet, sofern keine Lesermeinungen erwünscht sind. Dies ist bei „heiklen“ Themen der Fall, wie etwa bei Ausländerfragen oder jetzt, mit der Minarettinitiative. Das heißt, dass weder im Tagesanzeiger, noch in der Basler-Zeitung und auch nicht in der Solothurner- oder Berner-Zeitung Kommentare möglich sind. Bei weniger wichtigen Themen bleibt zwar die Kommentarfunktion offen, doch der entsprechende Artikel des Journalisten wird relativ schnell durch einen anderen Bericht ersetzt. Natürlich wird der Leserkommentar vor Veröffentlichung begutachtet, damit keine dem Verlag ungenehme Meinungen erscheinen. Die Zensur wird vom jeweils diensthabenden Redakteur des Online-Machtkonzentrats vorgenommen. Immerhin hat der Schreiber der Lesermeinung aber die Chance, auf einen etwas offeneren Redakteur zu stoßen, der die Lesermeinungen etwas bürgernäher

gewichtet.

Mit der Minarettinitiative beschreitet die NZZ einen ganz anderen Weg. Doch blenden wird zuerst zurück. Die Minarettinitiative wurde unter dem Patronat der SVP (Schweizerische Volkspartei) lanciert. Sie soll weitere Minarette in der Schweiz verhindern. Am 29. November wird das Schweizer Volk darüber entscheiden. Sämtliche Parteien mit Ausnahme von SVP und EDU lehnen die Initiative ebenso ab wie der Bundesrat. Im Vorfeld hatte Rot-Grün versucht, die Initiative bereits im Parlament als verfassungswidrig zu kippen. Grund: Angeblicher Verstoß gegen die verfassungsmäßige Religionsfreiheit. In der Folge haben einige Städte das Minarettplakat auf öffentlichem Grund verboten, respektive den Plakatgesellschaften „empfohlen“, die Plakate nicht aufzuhängen ([PI berichtete](#)). Pikantes Detail: die Plakatsäulen auf öffentlichem Grund gehören den jeweiligen Städten und werden an die Plakatgesellschaften vermietet.

Nun zurück zur NZZ. Diese wagte gar einen [Block](#), in dem Lukas Reimann (SVP) als Befürworter der Minarettinitiative auftritt. Gegenspieler ist Cederic Wermuth von den Jungsozialisten. Seltsam offen gab sich die NZZ auch gegenüber Lesermeinungen, wobei natürlich beleidigende und rassistische Meinungen außer Frage standen. Zumindest was die Gegner der Minarettinitiative betraf. Was die Argumentation der Minarettverbots-Gegner betraf, kamen diese schwer ins Hintertreffen. Es waren vor allem Meinungen vertreten, die in den üblichen linken Foren nachzulesen sind. Und aus mancher (Schlag)Wortwahl war ersichtlich, dass es sich um die gleichen Kommentatoren handelt. Wen wundert es da, dass der Befürworter der Minarettinitiative im Block immer mehr wurde. Dieser „Unausgewogenheit“ der Meinungen trat nun der nachts diensthabende Redakteur entgegen und wer am Morgen seinen Beitrag suchte, suchte ihn vergeblich. Er musste sogar feststellen, dass sein Account ohne eine Benachrichtigung gesperrt war. Dies ohne ersichtlichen Grund, denn beleidigende

oder rassistische Aussagen der Minarettbefürworter waren nie auszumachen. Feststellen musste der Befürworter der Minarettinitiative aber auch, dass das Verhältnis der „Botschaften“ der Rot-Grün-Islamischen Allianz in umgekehrter Weise zunahm.

Fazit: Man fragt sich zu recht, wer für die Ausgewogenheit Schweizerischer Meinungen im Medienschwungel verantwortlich ist. Ist es die „unausgewogene“ Meinung der Bürger, oder sind es die „nachbessernden“ Redakteure und Webmaster an den Kommentarfunktionen? Und immer wieder stellt man nach einer Volksabstimmung erstaunt fest, dass die Abstimmung gar nicht so ausfiel wie die classe politique dies erwartet hatte.